

GEMEINDE GANDERKESEE

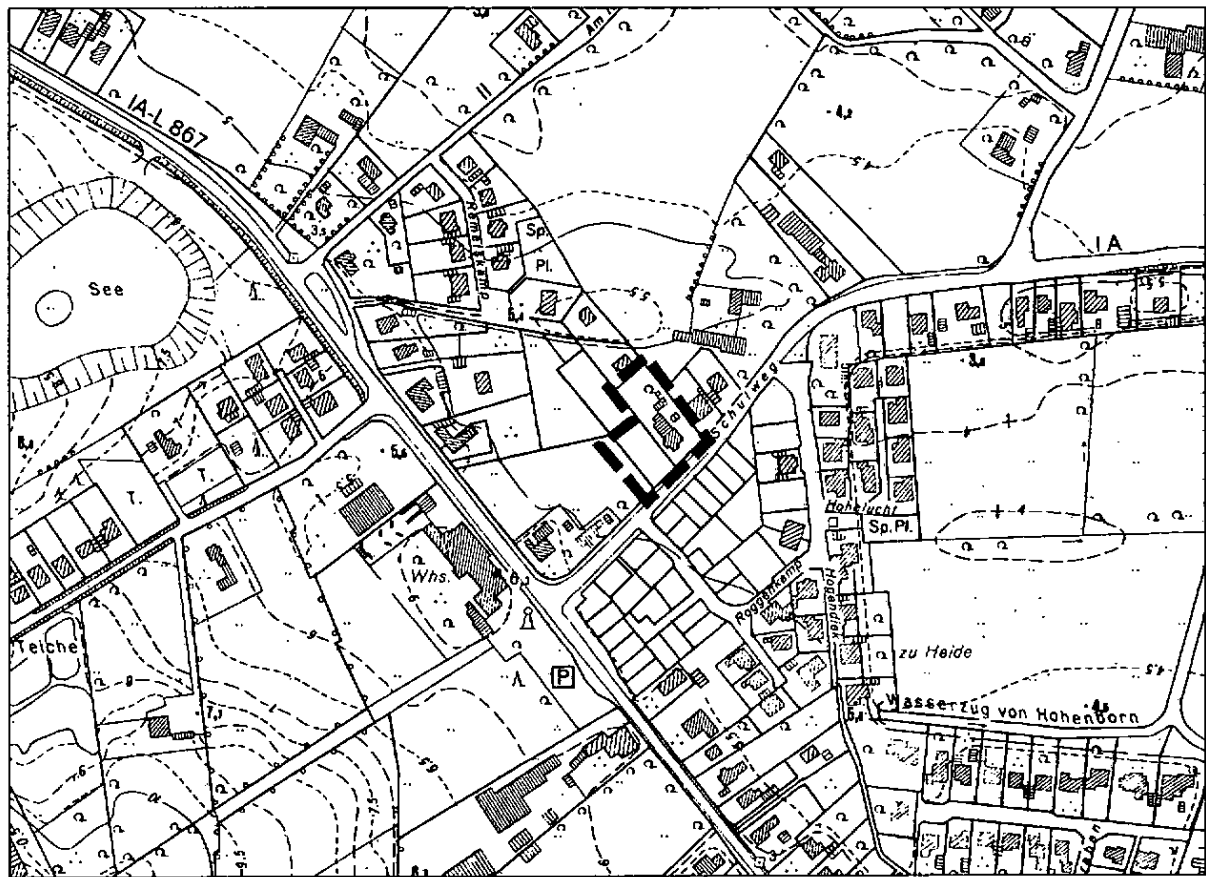
Bebauungsplan Nr. 124
"Heide I – Schulweg/Am Remel"

1. Änderung

mit örtlichen Bauvorschriften

ABSCHRIFT

BEGRÜNDUNG



Übersichtsplan

plan
kontor städtebau

Lindenallee 23 26122 Oldenburg
Telefon 0441/97201-0 Fax -99

INHALTSVERZEICHNIS

1	Anlass und allgemeine Zielsetzung	3
2	Lage	3
3	Planungsvorgaben	4
3.1	Flächennutzungsplanung	4
3.2	Bebauungsplanung	4
3.3	Sonstige Planungen	5
4	Bauliche Nutzung	8
4.1	Bestand	8
4.2	Planung	8
4.3	Örtliche Bauvorschriften	9
5	Immissionen	10
6	Natur und Landschaft	10
7	Verkehr und Infrastruktur	12
8	Altlasten	13
9	Flächenbilanz	13
10	Hinweise	13
11	Verfahrensvermerke	14

1 ANLASS UND ALLGEMEINE ZIELSETZUNG

Im Ortsteil Heide der Gemeinde Ganderkesee befindet sich eine größere unbebaute Fläche, die aufgrund der dort ausgeübten landwirtschaftlichen Nutzung als Weide von Bautätigkeiten, wie sie in der Umgebung vermehrt stattgefunden haben, freigehalten wurde.

Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 124 im Jahre 1992 wurde die zukünftig zulässige Bebauung in dem Bereich zwischen dem Schulweg, der Schierbroker Straße (L 867) und der Straße Am Remel so geordnet, dass neben einem kleineren Neubaugebiet und einer Verdichtung des baulichen Bestandes diese Weide als größere, nicht überbaubare Fläche festgesetzt wurde. Der vorhandene landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetrieb sollte mit seinen hofnahen Flächen damit vor heranrückender Bebauung geschützt werden. Der Charakter einer dörflich lockeren Bebauung sollte hier gewahrt werden. Nach über 10 Jahren deutet sich nun ein Nutzungswandel im Bereich der landwirtschaftlichen Hofstelle an, der mit dem Interesse an einer Neubaumöglichkeit auf der Weide einhergeht. Diese ersten Umstrukturierungen will die Gemeinde mit der Schaffung einer Baumöglichkeit am Schulweg unterstützen, denn vor dem Hintergrund einer solch grundsätzlichen Nutzungsänderung bietet sich langfristig eine Bebauung dieser günstig im Siedlungsgefüge gelegenen Fläche an.

Durch die Änderung des Bebauungsplans soll außerdem ein Lückenschluss in der vorhandenen Bebauung am nordöstlichen Rand der Weide ermöglicht werden. Hier hatte zur Zeit der Aufstellung des Bebauungsplanes noch eine deutliche Trennung zwischen Neubebauung im Norden und der vorhandenen Bauzeile am Schulweg stattgefunden. Hier wird jetzt eine überbaubare Fläche geschaffen, um die vorhandene Baulücke zu schließen.

2 LAGE

Der Änderungsbereich befindet sich im Ortsteil Heide im Einmündungsbereich des Schulweges in die Schierbroker Straße (L 867). Er wird im Süden durch den Schulweg begrenzt. Es handelt sich um den südlichen Teil des Flurstücks 119/10 und um das Flurstück 119/23.

Die Lage und Abgrenzung des Änderungsbereiches ist aus der Planzeichnung und dem Übersichtsplan auf dem Deckblatt ersichtlich. Der Änderungsbereich hat eine Größe von 2390 qm.

3 PLANUNGSVORGABEN

3.1 FLÄCHENNUTZUNGSPLANUNG

Der wirksame Flächennutzungsplan der Gemeinde Ganderkesee stellt im Änderungsbereich gemischte Bauflächen dar. Aus den Darstellungen des Flächennutzungsplanes ist 1992 der Bebauungsplan Nr. 124 entwickelt worden. Im Änderungsbereich bleibt die Art der Nutzung gegenüber der Erstfassung des Plans unverändert. Das geplante Dorfgebiet MD ist aus dem Flächennutzungsplan der Gemeinde entwickelt.

3.2 BEBAUUNGSPLANUNG

Der Bebauungsplan Nr. 124 - Heide I - wurde 1992 für ein Gebiet zwischen Schulweg und Am Remel als Satzung mit örtlichen Bauvorschriften über Gestaltung erlassen. Anlass der Aufstellung des Bebauungsplanes war die steigende Baulandnachfrage in Ganderkesee, für die neue Siedlungsflächen möglichst in unmittelbarer Nachbarschaft zu bebauten Gebieten mit guter Verkehrserschließung bereit gestellt werden sollten. Diese Bedingungen waren im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 124 erfüllt, dabei musste aber der im Gebiet vorhandene landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetrieb bei der Planung berücksichtigt werden.

Mit der im Gebiet zulässigen Bebauung sollte die vorhandene Bebauung verdichtet, ergänzt und abgerundet werden. Dazu wurden Baumöglichkeiten in zweiter Reihe hinter der vorhandenen Bebauung an der Schierbroker Straße und dem Schulweg geschaffen. Ein kleineres Neubaugebiet wurde als Allgemeines Wohngebiet im Norden des Geltungsbereiches mit neuer Planstraße von der Straße Am Remel aus erschlossen. Der Bereich, der noch landwirtschaftlich genutzt wurde, wurde überwiegend als nicht überbaubare Fläche in einem Dorfgebiet ausgewiesen.

Um das Nebeneinander der landwirtschaftlichen Nutzung, der vorhandenen und geplanten Wohnnutzung und ggfs. gewerblicher Nutzung zu ordnen, wurden die Bereiche, die von vorhandener Bebauung geprägt waren, in ein gegliedertes Dorfgebiet einbezogen. Die Gemeinde hat damit bei ihrer Planung berücksichtigt, dass die städtebauliche Situation seit jeher durch das Nebeneinander von Landwirtschaft und Wohnen geprägt war. So wurde in dem Teil des Dorfgebietes, in dem sich der landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetrieb befindet, die sonstige Wohnnutzung ausgeschlossen, aber landwirtschaftliche Nutzungen zugelassen, wobei die dafür überbaubare Flächen nur im Umfang des baulichen Bestandes festgesetzt wurden. In

den anderen Teilen des Dorfgebietes wurde dagegen die landwirtschaftliche Nutzung ausgeschlossen.

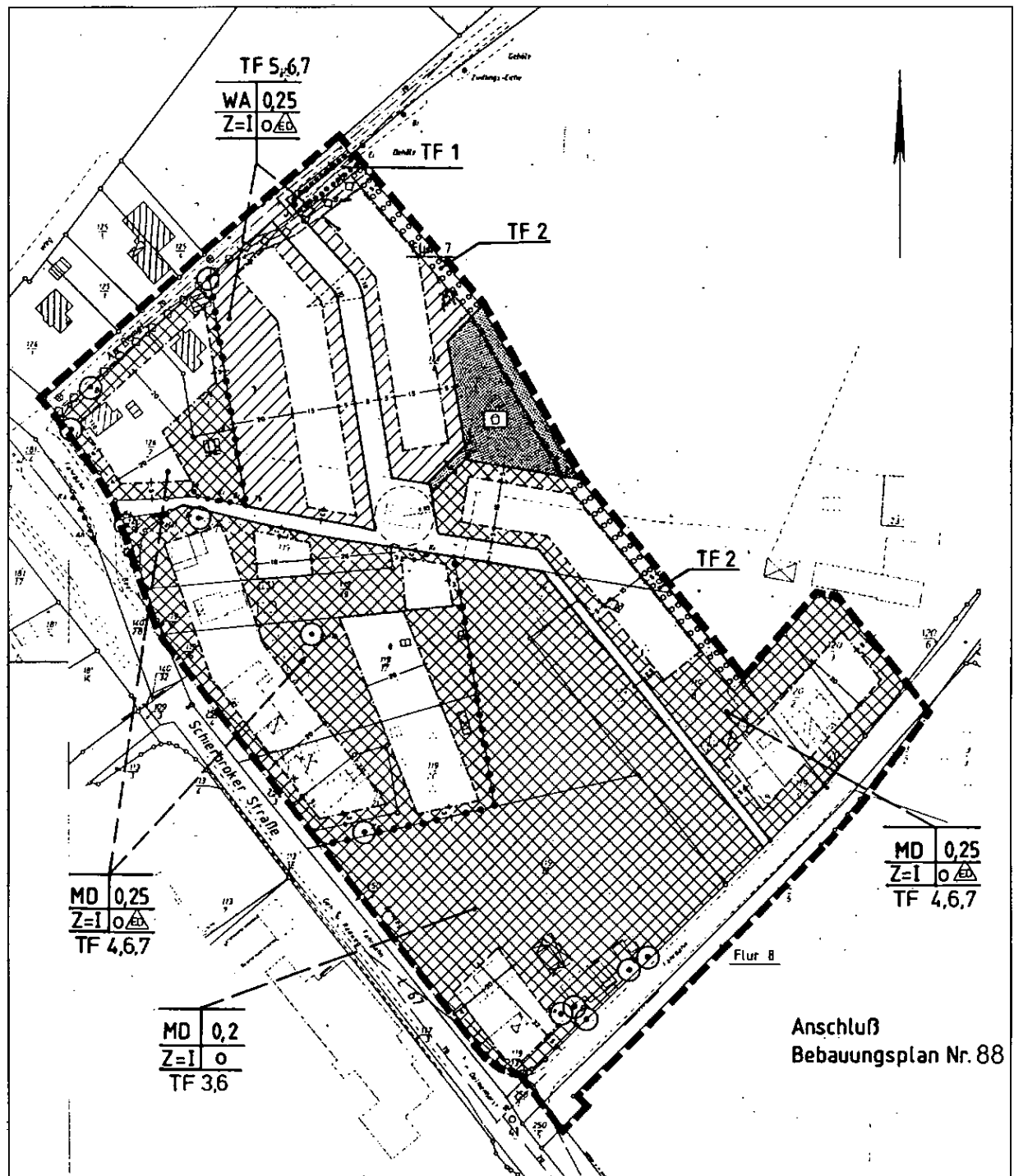
Die Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung orientieren sich am eingeschossigen Bestand der lockeren Bebauung.

Zur Erschließung und Versorgung des Gebietes wurde ein öffentlicher Spielplatz und ein Fuß- und Radweg, der das Gebiet über die neue Planstraße in Nord-Süd-Richtung quert, festgesetzt. Als grünordnerische Maßnahmen war der Erhalt vorhandener Gehölze und die Anpflanzung einer neuen Feldhecke im Plan festgesetzt worden.

Als örtliche Bauvorschrift wurde festgesetzt, dass Gebäude ab 25 qm Grundfläche mit geeigneten Dächern zu versehen sind.

3.3 SONSTIGE PLANUNGEN

Ein Ortsentwicklungskonzept für Heide liegt erst im Entwurf vor. Darin wird die noch als Weide genutzte Fläche (im Konzept Nr. 11) als Fläche beschrieben, für die zwar eine Bauflächendarstellung im Flächennutzungsplan vorliegt, die aber wegen der landwirtschaftlichen Nutzung auf absehbare Zeit nicht für eine Bebauung zur Verfügung steht. Im Entwurf zum Ortsentwicklungskonzept hat die Fläche keine besondere Bedeutung, da die Fläche erst wenn der Nebenerwerb aufgegeben wird, durch Änderung des Bebauungsplanes Nr. 124 baulich zu entwickeln sein wird.



Bebauungsplan Nr. 124 (unmaßstäbliche Verkleinerung)

Bebauungsplan Nr. 124**FESTSETZUNGEN DURCH TEXT:****TF 1:**

Die im so gekennzeichneten Bereich vorhandene Feldhecke ist dauerhaft zu erhalten, abgängige Bäume und Sträucher sind zu ersetzen. Bei Anpflanzungen dürfen nur einheimische, standortgerechte Arten verwendet werden.

TF 2:

In dem so gekennzeichneten Bereich ist eine Feldhecke (Gehölzstreifen) anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten, abgängige Bäume und Sträucher sind zu ersetzen. Bei Anpflanzungen dürfen nur einheimische, standortgerechte Arten verwendet werden.

TF 3:

In dem so gekennzeichneten Teil des Dorfgebietes (MD) sind nur die in § 5 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO bezeichneten Nutzungen zulässig. (Gliederung gem. § 1 Abs. 4 BauNVO)

TF 4:

In dem so gekennzeichneten Teil des Dorfgebietes (MU) sind die in § 5 Abs. 2 Nr. 1 bezeichneten Nutzungen unzulässig. (Gliederung gem. § 1 Abs. 4 BauNVO)

TF 5:

In dem so gekennzeichneten Allgemeinen Wohngebiet (WA) sind Stellplätze und Garagen nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

TF 6:

Örtliche Bauvorschrift über Gestaltung (gem. § 56 NBauO);
Es sind ausschließlich geneigte Dächer zulässig. Diese Festsetzung gilt nicht für Nebengebäude mit einer Grundfläche von 25 Quadratmetern oder weniger und für Garagen.

TF 7:

In dem so gekennzeichneten Bereich beträgt die Mindest - Grundstücksgröße bei Bebauung mit einem Einzelhaus 700 Quadratmeter, bei Bebauung mit einem Doppelhaus je Haushälfte 500 Quadratmeter.

4 BAULICHE NUTZUNG

4.1 BESTAND

Der Änderungsbereich gehört im südöstlichen Teil zur Zeit zu einer als hofnahe Weide genutzten Fläche ohne baulichen Bestand. Die Weide umgibt den Änderungsbereich großflächig im Norden und Westen.

Bei dem nördlichen Teil des Änderungsbereiches handelt es sich um ein seit längerer Zeit bebautes Wohngrundstück. Es handelt sich um ein älteres, eingeschossiges Wohnhaus, das durch Um- und Anbauten ergänzt wurde. Außerdem befinden sich mehrere Nebenanlagen auf dem Grundstück. Zu einem nördlich benachbarten Neubau führt über das Grundstück eine schmale Zufahrt nach Norden zum Haus Nr. 9A.

Jenseits des Schulweges im Süden schließt sich ein Wohngebiet mit Einfamilienhäusern an. Östlich des Änderungsbereiches liegt eine kleine Bauzeile in offener, eingeschossiger Bebauung in Hausgärten mit verschiedenen Nebengebäuden.

4.2 PLANUNG

Mit der Änderung des Bebauungsplanes soll auf bislang als nicht überbaubar festgesetzten Flächen eine Baumöglichkeiten geschaffen werden. Dabei sollen keine Änderungen an den Grundzügen der Planung vorgenommen werden, so dass bei den Festsetzungen im Änderungsbereich auf die bereits vorhandenen Festsetzungen des Bebauungsplanes zu Art und Maß der Nutzung zurückgegriffen wird.

Neben der vorhandenen Bebauung der Hofstelle an der Schierbroker Straße wird damit zum Einen eine erste Baumöglichkeit im bisher für landwirtschaftliche Nutzung vorgesehenen Bereich geschaffen. Zum Anderen wird die Möglichkeit geboten, eine Lücke in der Bebauung hinter einem vorhandenen Wohnhaus zu schließen.

In der Abfolge der vorhandenen Bebauung stellen sich die neuen überbaubaren Fläche als Ergänzung der Zeile am Schulweg dar. Im Bereich der Weide umfasst die Baugrenze eine Fläche, die sich im Abstand zur Straße und der Bautiefe von 20 m an den bisherigen Festsetzungen im Bebauungsplan orientiert.

Auf dem Flurstück 119/23 hat sich durch die nördlich liegende Neubebauung im hinteren Teil eine Lücke ergeben, da hier bislang eine nicht überbaubare Fläche im Dorfgebiet festgesetzt war.. Mit der Festsetzung einer überbaubaren Fläche kann auf dem verhältnismäßig großen Grundstück ein weiteres Wohnhaus errichtet werden.

An der vorhandenen Bebauung sollen sich auch Neubauvorhaben in Art und Maß der baulichen Nutzung orientieren, so dass die bisherigen Festsetzungen nun auch bzw. weiterhin für den Änderungsbereich gelten.

Der Änderungsbereich wird dem Teil des Dorfgebietes zugeordnet, in dem keine landwirtschaftliche Nutzung zulässig ist. Es soll eine eingeschossige, offene Bebauung als Einzelhaus entstehen, in dem höchstens zwei Wohnungen zulässig sind. Die Grundflächenzahl GRZ beträgt wie in der benachbarten Zeile 0,25. Eine Überschreitung der GRZ um 50 % ist gem. § 19 Abs. 4 BauNVO für Nebengebäude und Zufahrten zulässig. Zusammen mit der festgesetzten Mindestgrundstücksgröße von 700 qm für die Einzelhausbebauung wird auch hier die im Bebauungsplan Nr. 124 formulierte Zielsetzung einer lockeren Bebauung des Gebietes aufgenommen und gesichert. Das Flurstück 119/23 ist groß genug (1550 qm), um dort für zwei Grundstücke die festgesetzte Mindestgröße einhalten zu können. Die Abgrenzung für die neue Baumöglichkeit auf der Weide wurde so gewählt, dass diese Festsetzung ebenfalls eingehalten werden kann.

Mit diesen Festsetzungen wird nicht wesentlich in das bisher geltende planerische Gefüge des Bebauungsplanes eingegriffen, um so zunächst nur zwei weitere Baumöglichkeiten zu schaffen. Sollte einmal die Bebauung der gesamten Weide anstehen, so muss der gesamte jetzt als MD festgesetzte Bereich in die Planung einbezogen werden, um hier die Art der baulichen Nutzung an den veränderten Gegebenheiten auszurichten.

4.3 ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

Die im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 124 geltende Bauvorschrift über die Dachneigung soll (weiterhin) im Änderungsbereich gelten. Bei den nun entstehenden Baumöglichkeiten sind also Dächer von Gebäuden mit 25 qm oder mehr Grundfläche nur in geneigter Ausführung zulässig. Ergänzend zur bisherigen Vorschrift werden nun zur Klarstellung der erforderlichen Dachneigung die Gradzahlen als Höchst- und Mindestmaße in die Satzung aufgenommen. Hier sind zulässige Dachneigungen zwischen 20 und 50 Grad in Ganderkesee üblich.

5 IMMISSIONEN

Bereits bei der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 124 wurde die Immissionssituation im Plangebiet analysiert. Zwar wurde festgestellt, dass auf der Hofstelle an der Ecke Schierbroker Straße / Schulweg Landwirtschaft im Nebenerwerb betrieben wurde, sich die Tierhaltung aber in sehr kleinem Rahmen einer Milchviehhaltung bewegte. Daraus haben sich für die Umgebung keine erheblichen Immissionsbeeinträchtigungen ergeben. In der Planung wurde allerdings darauf geachtet, dass keine betriebsfremde Wohnbebauung näher an die Wirtschaftgebäude des Hofes heranrücken konnte.

Mit der vorliegenden Änderungsplanung kann der zuvor für landwirtschaftliche Zwecke von Hauptgebäuden freizuhaltende Bereich nun z.B. einer Wohnnutzung zugeführt werden. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass der Landwirt der Gemeinde versichert hat, die landwirtschaftliche Tierhaltung ganz aufzugeben, so dass langfristig den Festsetzungen über landwirtschaftliche Nutzung und der Freihaltung der Weidefläche als frühere Planungsziele die Grundlage entzogen wird.

6 NATUR UND LANDSCHAFT

Der Bebauungsplan wurde 1992 zwar unter Berücksichtigung der Eingriffsregelung aufgestellt, dabei sind aber die nun zu beurteilenden Flächen zwar als Baugebiet aber nicht als überbaubare Fläche festgesetzt worden. Es muss nun geprüft werden, ob mit den Änderungen erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes verbunden sein können, die aufgrund der bisherigen Festsetzungen nicht zulässig waren.

Flurstück 119/10 (teilweise)

Der südwestliche Teil des Änderungsbereiches gehört zu einer hofnahen Weide, die als intensiv genutztes Grünland anzusehen ist. Das Gelände fällt leicht von Norden nach Süden ab. Aufgrund der Bebauung, die die Weide allseitig umgibt, handelt es sich um eine innerörtliche Freifläche, die nicht mehr Teil der offenen Landschaft ist. Sie lässt zwar noch den ursprünglich ländlichen Charakter der Ortslage erkennen, bietet aber wegen der fehlenden Gehölzstruktur wenig Bereicherung für das Ortsbild.

Für den gesamten Bereich des landwirtschaftlich zu nutzenden MD ist eine GRZ von lediglich 0,2 festgesetzt worden. Für die auch auf den nichtüberbaubaren Flächen zulässigen Nebengebäude, Garagen, Stellplätze und Zufahrten darf die GRZ gem. § 19 Abs. 4 BauNVO zusätzlich um 50 % überschritten werden. Diese Anlagen wären theoretisch auch auf den Flächen des nun vorliegenden Änderungsbereiches möglich gewesen. Auf der nicht überbaubaren Fläche hätte ein weiterer Schuppen o.ä. mit Zufahrt vom Schulweg aus errichtet werden können, der auf die GRZ des landwirtschaftlich genutzten Grundstückes anzurechnen wäre.

Durch die Änderung des Bebauungsplanes werden also nicht erstmals Baurechte, die erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes auslösen, geschaffen. Eine Bodenversiegelung, die hier wohl als hauptsächlicher Eingriff zu werten wäre, da die übrigen Schutzgüter des Naturhaushaltes von geringer Bedeutung sind, wäre an dieser Stelle bereits aufgrund des geltenden Baurechts möglich. Bei einem 700 qm großen Grundstück wäre nun ein Hauptgebäude von 175 qm möglich und eine Fläche 87,5 qm könnte für Nebenanlagen, Zufahrten usw. versiegelt werden.

Die Versiegelung des Bodens im Verlauf des festgesetzten Weges ist bereits bei der Bearbeitung der Eingriffsregelung bei der Aufstellung des Bebauungsplanes berücksichtigt worden. Hier tritt allerdings eine Veränderung ein, da der Weg nun in der Planung um ca. 20 m verlängert wird.

Um den Eingriff auf einer bisher wenig baulich geprägten Fläche so gering wie möglich zu halten, wird am Rande des Baugebietes eine Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern festgesetzt, die 3 m breit ist und eine Größe von 60 qm aufweist. Durch die festgesetzte Bepflanzung mit standortheimischen Gehölzen wird eine Abgrenzung zum noch unbebauten Teil der Weide geschaffen und damit die Grünstruktur im Gebiet verbessert.

Flurstück 119/23

Bei dem nordöstlichen Teil des Änderungsbereiches handelt es sich um ein bereits bebautes Wohngrundstück, das durch das Hauptgebäude, zahlreiche Nebenanlagen und Flächenbefestigung wie Zufahrten geprägt ist. Die verbliebenen Freiflächen sind als Hausgärten angelegt. Durch die Änderungsplanung wird die überbaubare Fläche vergrößert, allerdings unter Beibehaltung des Maßes der baulichen Nutzung mit einer GRZ von 0,25. Das bedeutet, dass die zulässige Versiegelung gleich bleibt, sie aber auf einer größeren Fläche verteilt werden kann.

Die davon neu betroffenen Grundstücksteile haben nur eine allgemeine Bedeutung für den Naturhaushalt oder sind bereits versiegelt, so dass aufgrund der Änderungsplanung keine neuen erheblichen Eingriffe zu erwarten sind. Bei einer zukünftigen Bebauung muss allerdings darauf geachtet werden, dass auch bei einer Grundstücksteilung die zulässige GRZ von 0,25 auf beiden Grundstücken eingehalten wird.

Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 124 wurde am Gebietsrand eine anzupflanzende Fläche festgesetzt, die in die Ausgleichsberechnung eingeflossen ist, die aber nicht verwirklicht wurde. Tatsächlich ist statt dessen in dem Abschnitt, der auf dem Flurstück 119/23 liegt, eine Zufahrt angelegt worden. Diese 90 qm große Anpflanzung soll nun an andere Stelle auf dem Grundstück hergestellt werden. Dazu ist eine Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern an der Westecke des Grundstücks in gleicher Größe aufgenommen worden.

7 VERKEHR UND INFRASTRUKTUR

Die dem Bebauungsplan Nr. 124 zugrundeliegende Erschließungsplanung wird durch diese Änderungsplanung durch einen veränderten Lauf des geplanten Fuß- und Radweges berührt. So wird der im Plan am Ostrand der Weide verlaufende Fuß- und Radweg um das neue Baugrundstück geführt. Dieser Weg wurde noch nicht realisiert, da er in der Planung zum größten Teil über die bisher als Weide genutzte Fläche verläuft. In der Planung verbindet dieser Weg die Schierbroker Straße mit der dort befindlichen Bushaltestelle mit dem Schulweg und dies weitgehend getrennt vom KFZ-Verkehr. Lediglich im Bereich der Wendeanlage der Planstraße (jetzt Remelskamp) können die schwächeren Verkehrsteilnehmer noch auf KFZ treffen, sonst ist eine gefahrlose Querung des Gebietes möglich, wenn die Verbindung auch im letzten Teilstück über die Weide hergestellt ist. Eine Verwirklichung dieser Planung ist aber zur Zeit nicht in Aussicht. Die Gemeinde sichert diese planerische Absicht aber weiterhin ab, indem der Weg auch im Änderungsbereich festgesetzt wird.

Der Änderungsbereich liegt direkt am Schulweg, der als innerörtliche Gemeindestraße eingestuft ist. Eine verkehrliche Erschließung der Neubauvorhaben kann direkt bzw. als Hinterlieger mit Überwegungsrecht von hier erfolgen.

Auch der Anschluss an alle leitungsgebundenen Anlagen zur Ver- und Entsorgung kann an die in der Straße verlaufenden Leitungen erfolgen.

8 ALTLASTEN

Der Gemeinde liegen zur Zeit keine Erkenntnisse über das Vorhandensein von Altlasten im Änderungsbereich vor.

9 FLÄCHENBILANZ

Dorfgebiet	2250 qm
Verkehrsfläche	140 qm
<hr/>	
Gesamt	2390 qm

10 HINWEISE

Sollten bei den geplanten Bauarbeiten ur- und frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, so ist dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde zu melden. (Nieders. Denkmalschutzgesetz vom 30.5.1989, Nds. GVBl. S. 517)

Sollten bei den geplanten Bauarbeiten Hinweise auf Altablagerungen zu Tage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.

11 VERFAHRENSVERMERKE

Die Begründung hat gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zusammen mit der Planzeichnung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 124 öffentlich in der Zeit vom 08.03.2004 bis zum 08.04.2004 ausgelegen.

Ganderkesee , den 29.10.2004

gez. Sprung

.....
Bürgermeister

Die Begründung hat gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zusammen mit der Planzeichnung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 124 erneut öffentlich in der Zeit vom 21.06.2004 bis zum 20.07.2004 ausgelegen.

Ganderkesee , den 29.10.2004

gez. Sprung

.....
Bürgermeister

Die Begründung wurde vom Rat der Gemeinde Ganderkesee zusammen mit der als Satzung beschlossenen 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 124 in der Sitzung am 07.10.2004 beschlossen.

Ganderkesee , den 29.10.2004

gez. Sprung

.....
Bürgermeister

Die Übereinstimmung der - vorstehenden und umstehenden - Abschrift - Fotokopie mit der Urschrift wird hiermit beglaubigt.

Ganderkesee, den 01.11.2004
Gemeinde Ganderkesee
- Der Bürgermeister -

